

ÖDP positioniert sich gegen Fluglärm und solidarisiert sich mit den Bürgerinitiativen

Europa braucht eine gesellschaftliche Diskussion über Luftverkehr. Ungeplant und unkoordiniert werden europaweit Flughäfen auf Kosten der Bevölkerung ausgebaut, ungeachtet des Flächen- und Energieverbrauchs, der Umweltbelastung, der Gesundheitsrisiken, z.B. durch Lärm und Feinstaub, und des Klimaschutzes. Dabei ist der wirtschaftliche Nutzen nicht darstellbar. Eine ehrliche Bilanzierung von Nutzen und Schaden findet nicht statt.

Überall regt sich regionaler Widerstand der Bevölkerung. Dabei geht es um bedeutende gesellschaftliche Fragen, wie Klimaschutz, die Finanzierbarkeit von Großprojekten, aber auch um persönliche Betroffenheiten bei der Frage des Rechts auf körperliche Unversehrtheit, Schutz des Eigentums und Bewahrung der Heimat. Es fehlt die Möglichkeit zu echter Partizipation, d.h. zu einer frühzeitigen Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir stellen fest: Die Probleme sind überall die gleichen – daher muss die Diskussion von der regionalen auf die europäische Ebene gehoben werden. Die Anwohner der unterschiedlichen Flughäfen dürfen nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden.

Überall haben wir ein Recht auf Gesundheit, ein Recht auf Heimat und den Schutz des Eigentums sowie die Pflicht, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte, intakte Welt zu hinterlassen.

Daher unterstützt die ÖDP viele Forderungen der lokalen und überregionalen Bürgerinitiativen und schlägt dem Deutschen Bundestag und dem Europaparlament vor, folgende Regelungen zu beschließen:

- Achtstündiges Nachflugverbot (22:00 bis 06:00 Uhr).
- Abschaffung der Steuerprivilegien bei Umsatz- und Energiesteuer, Besteuerung des Kerosins für den Flugverkehr im selben Umfang wie die Besteuerung von Benzin oder Diesel.
- Beibehaltung des CO₂-Emissionshandels, d.h. Ausbau zu einem wirksamen Klimaschutz-Instrument zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.
- Massive Reduzierung der Feinstaub-Emissionen auch im Flugverkehr.
- Abbau der Subventionen im Luftverkehr.
- Aktiver Schallschutz vor passivem Schallschutz.
- Erstellung eines konsequenten Lärmschutzgesetzes, welches für alle Bereiche gilt, dabei müssen auch Meßmethoden nach dB(C) berücksichtigt werden.
- Kein Kapazitätsausbau des Luftverkehrs und Verringerung der Flugbewegungen.
- Kein weiterer Aus-, Um- und Neubau von (Groß-)Flughäfen, z.B. in München und Frankfurt/Main.
- Kein weiterer Ausbau von Regionalflughäfen.
- Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene.
- Verlagerung der Zuständigkeiten für Flughafenentwicklungen von der Landes- auf die Bundesebene.

Die Gesundheit, ein selbstbestimmtes Leben und eine intakte Umwelt müssen absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

Gemeinsam kämpfen wir für unsere Rechte und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Der o.a. Text ist vom Grundsatz her angelehnt an eine europaweite Resolution, die anlässlich einer Tagung von Anti-Fluglärm-Initiativen aus ganz Europa in Attaching im Juni 2013 beschlossen wurde. Der alte Text wurde aktuell von der ÖDP überarbeitet und ergänzt.

Stand: April 2015

ÖDP-Positionen zum Thema Fluglärm

Forderungen der ÖDP im Grundsatzprogramm

Wir wenden uns gegen den weiteren Aus- und Neubau von Großflughäfen. Die ÖDP fordert ein bundesweites Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr. Wir brauchen zudem eine moderne, alle Lärmquellen umfassende einheitliche Lärmschutzgesetzgebung.

Forderungen der ÖDP im Bundespolitischen Programm:

Wir verlangen die sofortige Besteuerung des Kerosins für den Flugverkehr im selben Umfang wie die Besteuerung von Benzin oder Diesel. Gleichzeitig sind alle Subventionen für Flugverkehr und Flughäfen zu streichen. Dies wird helfen, den Flugverkehr, wo es sinnvoll ist, auf andere Verkehrsträger zu verlagern. Kein weiterer Aus-, Um- und Neubau von Großflughäfen (z.B. München oder Frankfurt a.M.).

Forderungen der ÖDP Hessen

Flug- und Verkehrslärm unvermeidbar? ÖDP – die Lärmschutzpartei

Wir fordern den Rückbau der Nordwestlandebahn des Frankfurter Flughafens – auch aufgrund der hier längst nicht mehr vertretbaren Lärmbelastung für die Anwohner und Anwohnerinnen des Flughafens. Ebenso sind wir gegen jedweden weiteren Ausbau oder Neubau weiterer hessischer Flughäfen und Flugplätze. Langfristig betrachtet erscheint es durch unsere Maßnahmen durchaus möglich, zusätzlich die Startbahn-West zu renaturieren.

Es ist ein generelles Nachtstart- und Landeverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr einzuführen. Ebenso ist der im Mediationsverfahren geforderte Lärmtaler einzuführen, der leisere Maschinen bevorzugt. Auch müssen strengere Lärmgrenzwerte eingeführt werden und dann auch einklagbar sein. Die Start- und Landegebühren sind hessen-weit nach ökologischen Aspekten zu differenzieren.

Forderungen der ÖDP Rheinland-Pfalz

Durchsetzung eines konsequenten Nachtflugverbots für alle Flughäfen (22-06 Uhr). Einsatz von lärmreduzierten Flugzeugen. Kein weiterer Ausbau der Flugplätze in Frankfurt, Speyer, Zweibrücken und Hahn. Keine weitere Förderung des Flughafens Hahn, Verkauf der Gesellschaftsanteile des Landes.

Forderungen der ÖDP Mainz

Fluglärm

Der Lärm über Wohngebieten unserer Stadt, über Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern ist nicht akzeptabel. Fluglärm macht krank: Es ist daher wichtig und richtig, dass Mainz sich mit aller Vehemenz gegen den Fluglärm positioniert. Die ÖDP unterstützt dies und setzt sich für ein absolutes Nachtflugverbot ohne jede Ausnahme von 22 bis 6 Uhr ein. Wir wollen zudem den Ausbaustopp am Frankfurter Flughafen erreichen (kein Terminal 3).

Wir fordern ferner:

- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.

Forderungen der ÖDP Bayern

Kein Ausbau von Flughäfen! Gerechte Besteuerung des Flugverkehrs!

Das Flugzeug ist mit das umweltschädlichste Verkehrsmittel. Das Luftverkehrswachstum hat massive Folgen für die gesetzten Klimaschutzziele. Die Pläne für eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen – trotz gegenteiligem Bürgerentscheid – sind unverantwortlich. Gleiches gilt für den weiteren Ausbau und die Subventionierung von Regionalflyghäfen. Derlei Maßnahmen schädigen nicht nur das Klima, sondern gefährden unser aller Gesundheit. Bayern muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Subventionierung des Flugverkehrs abgebaut und Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern geschaffen wird (Kerosinsteuer, Mehrwertsteuer auf alle Tickets etc.). Kurzstreckenflüge sind durch entsprechende Bahnangebote zu ersetzen.